

Krakauer Zeitung.

Nr. 49.

Donnerstag, den 28. Februar

1861.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Mrt., mit Versendung 5 fl. 25 Mrt. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mrt. berechnet. — Abonnementsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergepaltenen Petitzeile für 9 Mrt. — Interat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

V. Jahrgang.

nementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Mrt., mit Versendung 5 fl. 25 Mrt. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einrichtung 7 kr., für jede weitere Einrichtung 3½ Mrt.; Stempelgebühr für jed. Einrichtung 30 Mrt. — Interat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Österreich; König von Ungarn und Böhmen, König der Lombardie und Venetien, von Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien; König von Jerusalem u. c.; Erzherzog von Österreich; Großherzog von Toskana und Krakau; Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steier, Kärnthen, Krain und der Bukowina; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Nieder-Schlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwitz und Zator, von Leisn, Friaul, Ragusa und Zara; Herzog von Habsburg und Tirol, von Kyburg, Görz und Gradisca; Fürst von Trent und Brixen; Markgraf von Ober- und Nieder-Lausitz und in Istrien; Graf von Hohenems, Feldkirch, Bregenz u. c.; Herr von Triest, von Cattaro und auf der Windischen Mark; Großwojwod der Wojwodschaft Serbien u. c.

Nachdem Wir in Unserem zur Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie am 20. October 1860 erlassenen Diplome, auf Grundlage der pragmatischen Sanktion und kraft Unserer Machtvollkommenheit, zu Unserer eigenen und so auch zur Rücksichtnahme Unserer gesetzlichen Nachfolger in der Regierung zu beschließen und zu verordnen gefunden haben, daß das Recht Gesetze zu geben, abzuändern und aufzuheben nur unter Mitwirkung der Landtage, beziehungsweise des Reichsrathes ausgeübt werden wird, und in Erwägung, daß dieses Recht, um in's Werk gesetzt werden zu können, einer bestimmten Ordnung und Form der Ausübung bedarf, erklären, verordnen und verkünden Wir nach Inkörnung Unseres Ministerrathes:

I. Rücksichtlich der Zusammensetzung des zur Reichsvertretung berufenen Reichsrathes und des ihm in Unserem Diplome vom 20. October 1860 vorbehaltenen Rechtes der Mitwirkung bei der Gesetzgebung, genehmigen Wir das beiliegende Gesetz über die Reichsvertretung und verleihen ihm hiemit für die Gesamtheit Unserer Königreiche und Länder die Kraft eines Staatsgrundgesetzes.

II. In Bezug auf Unserer Königreiche Ungarn, Kroatien und Slavonien, sowie auf Unser Großfürstentum Siebenbürgen, haben Wir in Absicht auf die Wiederherstellung der früheren Landesverfassungen im Einklang mit Unserem erwähnten Diplome und innerhalb der in demselben festgesetzten Grenzen, mittelst Unserer Handschriften vom 20. October 1860 bereits die geeigneten Verfugungen getroffen.

III. Für Unsere Königreiche:

Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Auschwitz und Zator und dem Großherzogthume Krakau;

Unsere Erzherzogthümer:

Österreich unter der Enns, und

Österreich ob der Enns;

Unsere Herzogthümer:

Krain,

Bukowina;

Unsere Markgrafschaft:

Mähren;

Unser Herzogthum:

Ober- und Nieder-Schlesien;

Unsere Markgrafschaft Istrien sammt den gefürsteten Grafschaften Görz und Gradisca und der Stadt

Triest mit ihrem Gebiete; und

für das Land Vorarlberg

finden Wir, um die Rechte und Freiheiten der getreuen Stände dieser Königreiche und Länder nach den Verhältnissen und Bedürfnissen der Gegenwart zu entwickeln, umzubilden und mit den Interessen der Gesamtmonarchie in Einklang zu bringen, die beiliegenden Landesordnungen und Wahlordnungen zu genehmigen und verleihen jeder einzelnen für das betreffende Land die Kraft eines Staats-Grundgesetzes.

Jedoch kann, nachdem Wir über die staatsrechtliche Stellung Unsers Königreiches Dalmatien in Unserem Kroation und Slavonien noch nicht endgültig entschieden haben, die für Unser Königreich Dalmatien erlassene Landesordnung dermal noch nicht vollständig in Wirksamkeit treten.

IV. Um die, mit den Patenten vom 20. October 1860 für unsere Herzogthümer Steiermark, Kärnthen und Salzburg, dann für Unsere gefürstete Grafschaft Tirol erlassenen Statute mit jenen Bestimmungen in Einklang zu bringen, welche in den am heutigen Tage von Uns genehmigten Landesordnungen grundsätzlich aufgenommen sind; um den Landesvertretungen der Eingangs erwähnten Länder jene ausgedehnteren Bezeugnisse zu gewähren, die Wir den Vertretern der übrigen Kronländer zu bewilligen Uns bestimmt gefunden haben; um endlich Unsere unterm 5. Jänner 1861 über das Wahlrecht erlassenen Verfugungen auch in Steiermark, Kärnthen, Salzburg und Tirol gleichmäßig zur Ausführung zu bringen; haben Wir in Erweiterung und Umänderung der bereits erlassenen Landesstatute die beiliegenden neuen Landesordnungen für Steiermark, Kärnthen, Salzburg und Tirol zu genehmigen und verleihen ihm hiemit für die Gesamtheit Unserer Königreiche und Länder die Kraft eines Staats-

Grundgesetzes.

V. Indem wir im Begriff Unsers lombardisch-venetianischen Königreichs Unserem Staatsminister zugleich den Auftrag ertheilen, Uns eine auf gleichen Grundfächern ruhende Landesverfassung im geeigneten Zeitpunkte vorzulegen, übertragen Wir mittlerweile den Kongregationen des Königreiches, als seiner dermal bestehenden Vertretung, das Recht, die bestimmte Zahl von Mitgliedern in den Reichsrat zu entsenden.

VI. Nachdem theils durch die vorgängigen Grundgesetze, theils durch die wieder ins Leben gerufenen, theils durch die mittelst der neuen Grundgesetze geschaffenen Verfassungen das Fundament der staatsrechtlichen Verhältnisse Unsres Reiches festgestellt, und insbesondere die Vertretung Unserer Böker gegliedert, auch ihre Theilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung geordnet ist, — so verkünden Wir hiemit diesen ganzen Inbegriff von Grundgesetzen als die Verfassung Unsres Reiches, wollen und werden unter

dem Schutze des Allmächtigen diese hiemit feierlich verkündeten und angelobten Normen nicht nur selbst unverbrüchlich befolgen und halten, sondern verpflichten auch Unsere Nachfolger in der Regierung sie unverbrüchlich zu befolgen, zu halten, und dies auch bei ihrer Thronbesteigung in dem darüber zu erlassenden Manifeste anzugeben. Wir erklären hiemit auch den festen Entschluß, sie mit all Unserer kaiserlichen Macht gegen jeden Angriff zu schirmen und darauf zu sehen, daß sie von Ledermann befolgt und gehalten werden.

VII. Wir befehlen, daß dieses Patent sammt den mittelst desselben verkündeten Staatsgrundgesetzen über die Reichs- und Landesvertretung in der Form kaiserlicher Diplome ausgefertigt, in Unserem Haus, Hof- und Staatsarchive, sowie auch seiner Zeit das Grundgesetz über die Reichsvertretung nebst den für jedes Land bestimmten besonderen Grundgesetzen in den Archiven Unserer Königreiche und Länder niedergelegt und aufbewahrt werden.

Gegeden in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien am sechszwanzigsten Februar im Eintausend achtundeinundsechzigsten, Unserer Reiche im dreizehnten Jahre.

Franz Joseph m. p.

(L. S.)

Erzherzog Rainer m. p.

Graf v. Rechberg m. p.

Freiherr v. Mecsey m. p.

Graf Degenfeld - Schönburg m. p., F. B.M.

Schmerling m. p.

v. Lasser m. p.

Plener m. p.

Wickenburg m. p.

Pratobevera m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung

Freiherr v. Ransonnet m. p. *)

Grundgesetz über die Reichsvertretung.

§. 1. Zur Reichsvertretung ist der Reichsrath berufen.

Der Reichsrath besteht aus dem Herrenhause und dem Hause der Abgeordneten.

§. 2. Mitglieder des Herrenhauses sind durch Geburt die großjährigen Prinzen des kaisrl. Hauses.

§. 3. Erbliche Mitglieder des Herrenhauses sind die großjährigen Häupter jener inländischen durch Gutsbesitz hervorragenden Adelsfamilien, denen der Kaiser die erbliche Reichsrathswürde verleiht.

§. 4. Mitglieder des Herrenhauses vermöge hoher Kirchenwürde sind alle Erzbischöfe und jene Bischöfe, welchen fürstlicher Rang zukommt.

§. 5. Der Kaiser behält sich vor, ausgezeichnete

* Die Unterfertigung der vorstehenden Allerhöchsten Patente durch den ungarischen Hofanzler Freiherrn von Bay konnte nicht stattfinden, weil er durch Abwesenheit im Allerhöchsten Dienste verhindert war, den Schlussberuhungen beizuwollen, und seine Rückkehr nach Wien durch Krankheit verzögert wurde.

Männer, welche sich um Staat oder Kirche, Wissenschaft oder Kunst verdient gemacht haben, als Mitglieder auf Lebensdauer in das Herrenhaus zu berufen. §. 6. In das Haus der Abgeordneten kommen durch Wahl dreihundert dreiundvierzig Mitglieder, und zwar in der für die einzelnen Königreiche und Länder auf folgende Art festgesetzten Zahl:

für das Königreich Ungarn fünfundachtzig, für Böhmen vierundfünfzig, für Lombardisch-Venetianische Krone zwanzig, für Mähren fünf,

für das Königreich Dalmatien neun, für Kroatien und Slavonien neun, für das Königreich Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Auschwitz und Zator und dem Großherzogthume Krakau achtunddreißig,

für das Erzherzogthum Österreich unter der Enns achtzehn, für das Erzherzogthum Österreich ober der Enns zehn, für das Herzogthum Salzburg drei, für Steiermark dreizehn, für Kärnthen fünf, für Krain sechs, für Bukowina fünf,

für das Großfürstenthum Siebenbürgen sechsundzwanzig, für die Markgrafschaft Mähren zweiundzwanzig für das Herzogthum Ober- und Niederschlesien sechs, für die gefürstete Grafschaft Tirol und Vorarlberg zwölf, für die Markgrafschaft Istrien sammt der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradisca und der Stadt Triest mit ihrem Gebiete sechs.

§. 7. Die für jedes Land festgesetzte Zahl der Mitglieder wird von seinem Landtage durch unmittelbare Wahl entsendet.

Die Wahl hat durch absolute Stimmenmehrheit in der Art zu geschehen, daß die nach Maßgabe der Landesordnungen auf bestimmte Gebiete, Städte, Körperschaften entfallende Zahl von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses aus den Landtagsmitgliedern derselben Gebiete, derselben Körperschaften hervorgehen.

Der Kaiser behält sich vor, den Vollzug der Wahl unmittelbar durch die Gebiete, Städte und Körperschaften anzuordnen, wenn ausnahmsweise Verhältnisse eintreten, welche die Beschildung des Hauses der Abgeordneten durch einen Landtag nicht zum Vollzuge kommen lassen.

§. 8. Der Kaiser ernnt die Präsidenten und Vicepräsidenten aus den Mitgliedern jedes Hauses.

Die übrigen Functionäre hat jedes Haus selbst zu wählen.

§. 9. Der Reichsrath wird vom Kaiser alljährlich einberufen.

§. 10. Der Wirkungskreis des gesammten Reichsrathes umfaßt nach dem Art. II. des Diploms vom 20. October 1860 alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen,

brauch würde sich kaum begreifen lassen, wenn uns nicht noch eine andere Thatsache überliefert wäre, die damit im innigsten Zusammenhang stand. Diodor erzählt uns nämlich, daß bereits die alten Egypter die Kunst verstanden, Gänse und Hühnereier vor der Zeit ausdrücken zu lassen. Ein so seltsamer Eingriff des Menschen in den regelmäßigen Lauf der Natur gehörte einem griechischen Reisenden zum Rätselhaftesten, was ihm im Lande der Rätsel begegnen konnte. Außer der gemeinen Gans spielt auch die sogenannte Fuchs- oder Pilsgans eine bedeutende Rolle in Egypten. Als Sinnbild kindlicher Liebe soll sie sich neben dem Storch auf hieroglyphischen Denkmälern finden. Geoffroy St. Hilaire sah sie in einem Tempelchen unfern Thebens abgebildet und auch eine Mumie dieses Thieres ist dort entdeckt worden.

Schauen wir jetzt zu, was für eine Bedeutung die Gans für unsere Stammgenossen, welche für die Griechen und Römer gehabt hat, so treffen wir sie zunächst in der kleinen Reihe von Hausthieren an, deren Name bei Indern und Deutschen, Griechen und Römern ein und derselbe ist. Das ursprünglich für sie geschaffene Wort scheint ghangsa gelautet zu haben und lautet nachmend gewesen zu sein: die lateinische VolksSprache besaß noch das Wort gingsrio (für gingsio), womit sie das Schnattern der Gänse bezeichnete.

Auf religiösem Gebiet spielte die Gans zwar keine

Rolle. Sie bezeichnete die eheleiche Fruchtbarkeit und was damit zusammenhängt. Auf etruskischen Bildwerken ist sie die Begleiterin der Geburtsgöttin Thalna; in Rom war sie bekanntlich das heilige Thier der Ehegöttin Juno und rettete durch ihr rechtzeitiges Schnattern das Capitol vor der Einführung durch die Kelten. Seit der Zeit wurden jährlich an selbigem Tag gold- und purpurgeschmückte Pole des organischen Lebens sind, einander berühren, bedingen und erzeugen; so wurde das Symbol der Geburt zum Symbol des Todes. Auf Grabmonumenten erblickt man häufig Gänse. Den Eingang der Unterwelt sehen wir statt mit einem Todtenträger mit dem Kopf einer Gans verziert; Persephone selbst, die die Gans auch geopfert wurde, sitzt auf einem Thron, dessen Lehne in den Kopf einer Gans ausläuft. Hierher gehört auch jene selfsame, so oft auf etruskischen und anderen Vasen wiederkehrende weibliche Figur, die mit jeder Hand eine Gans erwürgt.

Diese erotische Bedeutung und was damit zusammenhängt, ist die einzige, welche der Alterthumsforscher der Ganz vindiziren darf. Zu dieser Symbolik eignete sie sich außer anderen Gründen darum ganz besonders, weil sie noch in historischer Zeit beweisen eine ganz eigenhümliche Neigung für Knaben, Eiferspielerinnen und andere menschliche Personen an den Spenden, und unter den vielen Symbolen für Fruchtbarkeit lag eben dieser Wasservogel für eine Flussnympe am nächsten. Greuer sieht hier in der Gans z. B. berichten Plinius und Aelian von der Liebe einer Eiferspielerin des Ptolemäus;

die allen Königreichen und Ländern gemeinschaftlich sind.

Solche sind namentlich:

- Alle Angelegenheiten, welche sich auf die Art und Weise, sowie auf die Ordnung der Militärschaft beziehen;
- alle Angelegenheiten, welche die Regelung des Geld-, Credits-, Münz- und Zettelbankwesens, die Zölle und Handelsfachen, die Grundsätze des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesens betreffen;
- alle Angelegenheiten der Reichsfinanzen überhaupt; insbesondere die Voranschläge des Staatshaushaltes, die Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse und der Resultate der Finanzgebung, die Aufnahme neuer Anlehen, die Convertirung bestehender Staatschulden, die Veräußerung, Umwandlung, Belastung des unbeweglichen Staatsvermögens, die Erhöhung bestehender und die Einführung neuer Steuern, Abgaben und Gefälle.

Die Steuern, Abgaben und Gefälle werden nach den bestehenden Gesetzen eingehoben, in solange diese nicht verfassungsmäßig geändert werden.

Die Staatschuld ist unter die Kontrolle des Reichsrates gestellt.

§. 11. Gegenstände der Gesetzgebung, welche allen Königreichen und Ländern, mit Ausnahme der Länder der ungarischen Krone, gemeinsam sind, gehören nach dem III. Artikel des Diploms vom 20. Oktober 1860 zum verfassungsmäßigen Wirkungskreise des Reichsrates ohne Beziehung der Mitglieder aus den Ländern der ungarischen Krone.

Zu diesem engeren Reichsrathe gehören demnach, mit Ausnahme der im §. 10 aufgezählten Angelegenheiten, alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche nicht ausdrücklich durch die Landesordnungen den einzelnen im engeren Reichsrathe vertretenen Landtagen vorbehalten sind.

Dasselbe gilt auch rücksichtlich solcher den Landtagen vorbehaltener Gegenstände in dem Falle, wenn die gemeinsame Behandlung von dem betreffenden Landtag beantragt wird.

Bei vorkommenden Zweifeln rücksichtlich der Kompetenz des engeren Reichsrathes in gemeinsamen Gesetzgebungsangelegenheiten gegenüber der Kompetenz eines einzelnen, im engeren Reichsrathe vertretenen Landtags, entscheidet auf Antrag des engeren Reichsrathes der Kaiser.

§. 12. Gesetzesvorschläge gelangen als Regierungs-Vorlagen an den Reichsrath.

Auch diesem steht das Recht zu, in Gegenständen seines Wirkungskreises (§. 10 und 11) Gesetze vorzuschlagen.

Zu allen solchen Gesetzen ist die Übereinstimmung beider Häuser und die Sanction des Kaisers erforderlich.

§. 13. Wenn zur Zeit als der Reichsrath nicht versammelt ist, in einem Gegenstande seines Wirkungskreises dringende Maßregeln getroffen werden müssen, ist das Ministerium verpflichtet, dem nächsten Reichsrath die Gründe und Erfolge der Verfügung darzulegen.

§. 14. Zu einem gültigen Beschlusse des gesammten und beziehungsweise des engeren Reichsrathes ist in jedem Hause die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich.

Anträge auf Änderungen in diesem Grundgesetze erfordern in beiden Häusern eine Mehrheit von wenigstens zwei Dritteln der Stimmen.

§. 15. Die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten haben von ihren Wählern keine Instructionen anzunehmen.

§. 16. Alle Mitglieder des Reichsrathes haben ihr Stimmrecht persönlich auszuüben.

§. 17. Die Funktionen der aus einem Lande in das Haus der Abgeordneten entsendeten Mitglieder ersichtlich mit dem Tage des Zusammentrittes eines neuen Landtags.

Sie können wieder in das Abgeordnetenhaus gewählt werden.

Wenn ein Mitglied mit Tod abgeht, die persönliche Fähigkeit verliert oder dauernd verhindert ist, Mitglied des Reichsrathes zu sein, so ist eine neue Wahl vorzunehmen.

§. 18. Die Vertagung des Reichsrathes, sowie die Auflösung des Hauses der Abgeordneten erfolgt über Verfügung des Kaisers. Im Falle der Auflösung wird im Sinne des §. 7 neu gewählt.

§. 19. Die Minister, Hofkanzler und Chefs der Centralstellen sind berechtigt, in allen Berathungen teilzunehmen, und ihre Vorlagen persönlich oder durch den Abgeordneten zu vertreten.

Sie müssen auf Verlangen jedesmal gehörig werden. Das Recht, an der Abstimmung teilzunehmen, haben sie, insoferne sie Mitglieder eines Hauses sind.

§. 20. Die Sitzungen beider Häuser des Reichsrathes sind öffentlich.

Jedem Hause steht das Recht zu, ausnahmsweise die Offenlichkeit auszuschließen, wenn es vom Präsidenten oder wenigstens zehn Mitgliedern verlangt und vom Hause nach Entfernung der Zuhörer beschlossen wird.

§. 21. Die näheren Bestimmungen über den Geschäftsgang, den wechselseitigen und den Außenverkehr

beider Häuser werden durch die Geschäftsordnung geregelt.

Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landmarschalls an Eidesstatt zu geloben.

§. 10. Der Landmarschall eröffnet den vom Kaiser einberufenen Landtag, er führt den Vorsitz in den Versammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besondere Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag kann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Wahlen aufgelöst werden.

§. 11. Der Landesausschuss, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Vorsitz des Landmarschalls aus sechs aus der Mitte der Landtagssitzung gewählten Beisitzern.

Der Landmarschall ernennt für Verhinderungsfälle

einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschusses aus dessen Mitte.

§. 12. Ein Landesausschussteilnehmer wird durch die von der Wählerklasse des großen Grundbesitzes (§. 3, I.) gewählten Abgeordneten, einer durch die von der Wählerklasse der Städte und der Handels- und Gewerbeleuten (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten und einer durch die von der Wählerklasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt.

Die übrigen drei Landesausschussteilnehmer werden einzeln von der ganzen Landesvertretung aus ihrer Mitte gewählt.

Jede solche Wahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung keine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§. 13. Für jeden Ausschussteilnehmer wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphen ein Erzähmann gewählt.

Wenn ein Ausschussteilnehmer, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschussteilnehmertätigkeit verhindert ist, tritt der Erzähmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschussteilnehmers gewählt worden ist.

Ist der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abhängigen Ausschussteilnehmer eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14. Die Funktionsdauer der Beisitzer des Landesausschusses und der Erzähmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie wählt jedoch nach dem Ablaufe der Landtagsperiode, so wie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuss bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austritt aus dem Landesausschusse zur Folge.

§. 15. Die Besitzer des Landesausschusses sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in Lemberg zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Höhe der Landtag bestimmt.

§. 16. Der Landtag verwalte das Domesticalvermögen und das Credit- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der diesfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er veraltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungsfond des Königreiches Galizien und Lodomerien sammt Krakau, mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

§. 17. Der Landtag verfügt über die Ausübung der Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des Kaiserlichen Diploms vom 20. October 1860, Nr. 226 R. G. B. mitzuwirken, und hat die durch §. 6 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Zahl von achtunddreißig Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden.

Die Wahl der Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Weise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Hauses der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung festgestellt.

§. 18. Gesezessvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an den Landtag.

Auch dem Landtage steht das Recht zu, in Landesangelegenheiten Gesetze vorzuschlagen.

§. 19. Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte

Gefüge zu machen, wie er uns auch den Namen des Messalsinus Cotta nicht vorenthalten hat, dem man die wichtige Erfindung verdankte, Gänsefüße zu rösten und nebst Hähnchenköpfen einzumachen.

Die feinsten Gänse bezogenen die Römer trock der mangelhaften Verkehrsmitte aus dem hohen Norden: sie ihn für einen fremden Eindringling in ihr Revier ansehen, haken sie leidenschaftlich mit den Schnäbeln auf ihn los. Der Vogelsteller, der hinter dem Buschwerk am Ufer sitzt, zieht die hölzerne Gans immer näher zu sich her, die wilden Gänse folgen ihr bis unter das Garn und sind gefangen. Da die Jagd auf wilde Gänse und Enten zu den Hauptvergnügen des Winters gezählt wird, so finden wir auch auf Kunstuwerken den Genius des Winters dargestellt mit ein paar wilden Gänse in der Linken.

Getreide streut, erwähnt er noch folgende höchst sinnreiche Fangweise: der Vogelsteller schnürt aus Holz eine Gans, bindet sie an einen Faden und setzt sie auf das Wasser. Um diesen Holzvogel versammeln sich dann bald darauf die wilden Gänse, und weil

er sie für einen fremden Eindringling in ihr Revier ansehen, haken sie leidenschaftlich mit den Schnäbeln auf ihn los. Der Vogelsteller, der hinter dem Buschwerk am Ufer sitzt, zieht die hölzerne Gans immer näher zu sich her, die wilden Gänse folgen ihr bis unter das Garn und sind gefangen. Da die Jagd auf wilde Gänse und Enten zu den Hauptvergnügen des Winters gezählt wird, so finden wir auch auf Kunstuwerken den Genius des Winters dargestellt mit ein paar wilden Gänse in der Linken.

§. 20. Als Landesangelegenheiten werden erklärt:

- der Landeskultur;
- der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- der aus Landesmitteln dotirten Wohlthätigkeitsanstalten;

4. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes sowohl

a) hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benutzung des Landesredits, als

b) rücksichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Landesausgaben.

II. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesetze in Betreff:

- der Gemeindeangelegenheiten;
- der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
- der Vorrangsleistung, dann der Verpflichtung und Einquartirung des Heeres; endlich

III. Die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19. Der Landtag ist berufen:

- zu berathen und Anträge zu stellen:
 - über kundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirkung auf das Wohl des Landes, und
 - auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen;

2. Vorschläge abzugeben über alle Gegenstände, vorüber er von der Regierung zu Ratte gezogen wird.

§. 20. Der Landtag sorgt für die Erhaltung des landständischen (Domestic) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigentum Galiziens sammt Krakau bildenden Landesvermögens, dann der aus ständischen oder Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsschlüsse, welche eine Veräußerung, bleibende Belastung oder eine Verpfändung des Stammbesitzes mit sich bringen, bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 21. Der Landtag veraltet das Domesticalvermögen und das Credit- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der diesfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er veraltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungsfond des Königreiches Galizien und Lodomerien sammt Krakau, mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

§. 22. Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Fonde und Unstalten des Landes erforderlichen Mittel, insofern die Einkünfte des bestehenden Stammbesitzes nicht reichen.

Er ist berechtigt, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den direkten landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Höhere Zuschläge zu einer direkten Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 23. Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegesetz oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24. Die mitwirkende und überwachende Einflussnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Umlegung, Einhebung und Aufführung landesfürstlichen direkten Steuern wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 25. Der Landtag beschließt über die Sistemisierung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschuss beizugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjekte zu bestellenden Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disziplinarbehandlung, ihre Ruhe- und Versorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instruktionen.

II. Wirkungskreis des Landesausschusses.

§. 26. Der Landesausschuss besorgt die gewöhnli-

auch dem Philosophen Lukydus soll eine mit der erstaunlichen Beharrlichkeit auf Schritt und Tritt nachgefolgt werden; denn Plinius erzählt von einem kleinen Prinzen, der den Gänzen nachlaufen in eine Grube fiel und ertrank.

Hauptsächlich blühte die Gänsezucht in Nordgriechenland. Außer Macedonien zeichnete sich vornehmlich Thessalien und Böotien aus, woher Athene eine große Masse des Geflügels bezog; dagegen wurde jedoch in Athen selbst und in seiner unmittelbaren Nähe stets eine Menge Gänse gehalten und gestopft. Diese geübtesten Gänse waren in Athen und Rom namentlich wegen ihrer Lebern sehr beliebt. Die Procedur des Wüstens beschreibt Varro folgendermaßen: man wählt junge von anderthalb Monaten aus, sperrt sie in einen Vogelstall ein, reicht ihnen eine mit Wasser angetrocknete Mischung von Gerstengruppen und Mehl, so daß sie sich täglich dreimal satt fressen können und nach dem Fressen gibt man ihnen reichlich zu saugen. Bei solcher Behandlung müssen sie in drei Monaten fertig sein. Eine raffinirte Vorschrift lesen wir bei Palladius, wo als Mittel, recht zarte Lebern zu erhalten, angerathen wird, nach 30 Tagen an die Stelle der gewöhnlichen Mast diejenigen mit zerstoßenen Feigen treten zu lassen.

Die allergrößten Lebern ergiebt man dadurch, daß man sie in eine Mischung von Milch und Honig legte und Plinius versäumt nicht, uns die mußhaften

Lebensmittel, Enthüller dieses Kunstgriffs der römischen Küche nam-

haft zu machen, wie er uns auch den Namen des Mesalinus Cotta nicht vorenthalten hat, dem man die wichtige Erfindung verdankte, Gänsefüße zu rösten und nebst Hähnchenköpfen einzumachen.

Die feinsten Gänse bezogenen die Römer trock der mangelhaften Verkehrsmitte aus dem hohen Norden: sie ihn für einen fremden Eindringling in ihr Revier ansehen, haken sie leidenschaftlich mit den Schnäbeln auf ihn los. Der Vogelsteller, der hinter dem Buschwerk am Ufer sitzt, zieht die hölzerne Gans immer näher zu sich her, die wilden Gänse folgen ihr bis unter das Garn und sind gefangen. Da die Jagd auf wilde Gänse und Enten zu den Hauptvergnügen des Winters gezählt wird, so finden wir auch auf Kunstuwerken den Genius des Winters dargestellt mit ein paar wilden Gänse in der Linken.

Auch medicinisch wurde die Gans, besonders ihr Fett manigfach im Alterthum angewendet, und es erklärt sich hieraus, warum gerade dieser Vogel dem Asklepius geopfert wurde.

Das ihr Glaum schon bei Griechen und Römern sehr geschätzt war, würde man auch ohne die ausdrückliche Versicherung der Schriftsteller glauben. Plinius berichtet, daß vom feinsten germanischen Gänsefett sein. Eine raffinirte Vorschrift lesen wir bei Palladius, wo als Mittel, recht zarte Lebern zu erhalten, angerathen wird, nach 30 Tagen an die Stelle der gewöhnlichen Mast diejenigen mit zerstoßenen Feigen treten zu lassen.

Den Fang der wilden Gänse beschreibt Appian. Außer der gewöhnlichen Art mittelst Schlingen und Nezen, unter die man Gerste, Hirse und anderes

Getreide streut, erwähnt er noch folgende höchst sinn

chen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landeskunde und Anstalten und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergeordneten Beamten und Diener.

Er hat hierüber, so wie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtag Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Auftrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzubereiten.

§. 27. Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte, das Vorschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stipendien, das Recht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschuss geübt.

§. 28. Der Landesausschuss repräsentiert die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urkunden sind von dem Landmarschall und zwei Beisitzern des Landesausschusses zu fertigen und mit dem Landessiegel zu versehen.

§. 29. Der Landesausschuss hat überdies auch alle übrigen Geschäfte des bisherigen ständischen Ausschusses zu besorgen, soweit dieselben nicht an andere Organe übergehen oder in Folge der geänderten Verhältnisse aufzuhören.

§. 30. Der Landesausschuss hat die nötigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Einrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Amtmänner und Organe bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

§. 31. Der Landesausschuss hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüfen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht.

§. 32. Die näheren Weisungen über die dem Landesausschuss zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtag zu ertheilenden Instruction, und in Betreff der Einführung auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landfürstlichen Steuern den besondren Gemeinde- und Steuergesetzen vorbehalten.

Drittes Hauptstück.

Bon der Geschäftsbehandlung.

§. 33. Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungskreise gehörigen Angelegenheiten in Sitzungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sitzungen werden von dem Landmarschall angeordnet, eröffnet und geschlossen.

§. 34. Die Landtagssitzungen sind öffentlich.

Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sitzung gehalten werden, wenn entweder der Vorsitzende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen und nach Entfernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 35. Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag:

- entweder als Regierungsvorlagen durch den Landmarschall;
- oder als Vorlagen des Landesausschusses oder eines speziellen durch Wahl aus dem Landtag und während desselben gebildeten Ausschusses;
- oder durch Anträge einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Vorlage der Regierung oder eines Ausschusses beziehende Anträge einzelner Mitglieder müssen früher dem Landmarschall schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschussberatung unterzogen werden. Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftskreises des Landtags liegen, sind durch den Landmarschall von der Berathung auszuschließen.

§. 36. Der Landmarschall bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen sind vor allen anderen Berathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 37. Der Stathalter des Königreiches Galizien und Lodomerien samt dem Großerzogthume Krakau oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Recht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbürokratien wegen Ertheilung von Auskünften und Aufklärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswert erscheint, hat sich der Landmarschall an die Vorstände der betreffenden Behörden zu wenden.

§. 38. Zur Beschlussfassung in dem Landtage ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Gesamtheit aller Mitglieder und zur Gültigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmengleichheit der Anwesenden erforderlich. Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

Zu einem Beschluss über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens zwei Dritteln der Anwesenden erforderlich.

§. 39. Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Vorsitzenden kann solche auch durch Aufstehen und Sichbleiben stattfinden. Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40. Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen sind unter Zulegung der Sitzungsprotokolle im Wege des Statthalters zur Allerhöchsten Kenntnis zu bringen.

Die Art der Veröffentlichung der gepflogenen Verhandlungen bestimmt der Landtag.

§. 41. Der Landtag darf mit keiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verkehr treten, auch darf derselbe keine Kundmachungen erlassen. Deputationen dürfen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Bittschriften vom Landtage nur

dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hofgericht darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

§. 42. Der Landesausschuss hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens vier Ausschussteilnehmern erforderlich. Der Landmarschall ist, wenn er einen Beschluss des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesetzen zu widerlaufen ansieht, berechtigt und verpflichtet, die Ausführung zu sistieren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlussfassung im Wege des Statthalters zu unterziehen.

§. 43. Der Landesausschuss darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen. Deputationen dürfen vom Landesausschuss nicht angenommen werden. (Folgt die Wahlordnung und ein Anhang zur Landesordnung, deren Wortlaut wir morgen bringen.)

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Österreich u.

thun fund und zu wissen:

Nachdem Wir, besezt von dem Wunsche, die Landtage aller Unsterblichen Königreiche und Länder an den gesetzlich bestimmten Tagen, den mittels Patenten vom heutigen Tage eingezogenen Reichstag in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, baldmöglichst versammelt zu sehen, die Landtage Unserer Königreiche Ungarn, Kroaten und Slavonien auf Grundlage der genehmigten Bestimmungen bereits einberufen haben, und Uns die Einberufung des neubürgischen Landtages auf Grundlage der von Uns über die eingerichteten Anträge zu erlassenden Bestimmungen vorbehalten verfügen Wir hiermit, wie folgt:

I. Die Landtage von Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit Kroatien, Österreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bucowina, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg, Istrien, Görz und Gradisca und Triest mit seinem Gebiete sind auf den 6. April 1861 in ihre gesetzlichen Versammlungsorte einberufen.

II. Der Reichsrath ist auf den 29. April 1861 in unsere Haupt- und Residenzstadt Wien einberufen.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien am sechzehnundzwanzigsten Februar im Einlaufend achthundert einundsechzigsten, Unserer Reiche im dreizehnten Jahre.

Franz Joseph m. p.
(L. S.) (Folgen die Unterschriften wie oben.)

§. 12. Die Bestimmungen über die Zahl und den Rang der Staatsräte, über die Beleidigung und Beugung derselben und ihres Präsidiums, über das Hilfspersonal und über die Geschäftsbewältigung bleiben einem abgesonderten Erlasse vorbehalten.*

* Gleichzeitig mit den obigen Allerhöchsten Erlässen sind auch die nachbezeichneten Allerhöchsten Handsschriften erlassen: Ein Allerhöchster Handschreiber an Se. k. Höh den Hrn. Statthalter von Throl Erzherzog Karl Ludwig, nach welchem zur Besteitung des Aufwandes des Landesvertretung von Throl in Hinfunk jährlich eine Versammlung von 70.000 Gulden aus dem Staatsfonds verabfolgt werden sollen; Allerhöchster Handschreiber an den ungarischen, siebenbürgischen und kroatischen Hofkanzler, in welchen dieselben aufgefordert werden, ihre Anträge in Betreff der Entfernung von Abergordneten des ungarischen Landtages resp. des Großfürstenthums Siebenbürgen und der Königreiche Kroaten und Slavonien zur Teilnahme an der nächsten Reichsrathsversammlung zu stellen.

In der Schweiz, so schreibt man dem „Frank-Journal“, zweifelt man nicht im mindesten, daß auf den Frühling eine große Schilderhebung im Werke sei. Fortwährend werden auf dem Bahnhofe St. Gallen Kisten nach Chur verladen, die nichts anderes als Musketen enthalten, welche von Agenten in der Schweiz und in Deutschland aufgekauft und nach Piemont inspiert werden. Alle in der Schweiz sich aufhaltenden Italiener, überhaupt Militärs, die unter Garibaldi irgend eine Charge bekleiden, haben Ordre erhalten, sich in Genua einzufinden. Ein Geiges war bekanntlich neulich auch schon aus Paris gemeldet. Handelsreisende, die in letzter Zeit in der Lombardie und im Kirchenstaat sich aufhielten, bestätigen, daß etwas Bedeutendes im Werke sei. Die Schweiz hält sich auf alle Eventualitäten gefaßt. Ohne Aufsehen zu erregen, werden alle Zeughäuser in besten Stand gesetzt und die schweizer Presse wird nicht müde, das Volk auf die kommenden Ereignisse vorzubereiten.

Viertes Hauptstück.

Kraakau, 28. Februar.

Der vorletzte Februar des Jahres 1861 wird ein ewig denkwürdiger in der Geschichte des Kaiserthums Österreich bleiben. Er ist der Tag der Verkündigung der Grundgesetze für die Verfassung des Reiches.

Das am 20. Oct. v. J. verkündete Kaiserwort, das alle Unterthanen zu einer „zweckmäßig geregelten Theilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung“ beruft, ist in grohartiger und überaus freisinniger Weise gelöst worden. Wir danken dies vor Allem unserem großmütigen Monarchen, der zur Erreichung dieses Ziels der unumschränkten Kaisergewalt so edelmütig ist, wie es in der Geschichte kaum eine zweite Beispiel gibt, entsagt hat. Allen Ländern ist ihre Individualität und die Nationalität ihrer Bewohner durch die mit großen und wesentlichen Rechten ausgestatteten Landesvertretungen für ewige Zeiten gesichert, und sie alle sind gemeinsam zu nehmen, indem sie den Reichsrath, der alle Interessen und Stände in sich resumirt, verschicken, an der Regelung der gemein ammen Reichsangelegenheiten nicht bloß berathenden, sondern beschließenden Anteil. Es ist dies die auf den gegebenen Verhältnissen beruhende, wirkliche und glückliche Lösung der großen Frage, wie zugleich der Reichseinheit und der berechtigten Selbstständigkeit der einzelnen Königreiche und Länder genügt werden kann.

Das Verfassungswerk steht nun vollendet da, der geheimlichsten Entwicklung fähig. —

In der Nacht zum 25., lesen wir in der „Wien, 25.“, fand in der Theresienstadt in Pest ein besonderlicher Exceß statt. Aus Anlaß des jüdischen Pessachfestes durchzogen Pöbelhaufen die Königsgasse, in welcher viele Gast- und Kaffeehäuser sich befinden, und verbündeten mit Schreien und Peifen eine Polizei-Patrouille, die bei ihrem Er scheinen mit Steinwürfen empfangen wurde. Einer der Soldaten schoss hierauf sein Gewehr ab, wodurch der neunzehnjährige Kellner Wilhelm Handler am Arme verwundet wurde. Der selbe wurde in das Spital geschafft. Die Excedenten gingen endlich, des Geschehens müde, auseinander.

Die syrische Conferenz hat sich in ihrer Sitzung vom 20. auf den 28. vertagt. Sie soll sich Betreffs der Forderung der Occupation geeinigt haben, jedoch noch über ihr definitives Ende uneinig sein. Die Verhandlung fand statt, weil die verschiedenen Gesandten ihre resp. Regierungen dieserhalb consultirten wollten.

Nach Berichten aus Paris vom 24. d. Ms. hat der Eindruck der Mirès'schen Verhaftung auf die öffentliche Meinung noch nicht seinen Höhepunkt erreicht, sondern ist noch im zunehmen. Die Ursache ist, daß eine Menge kleiner Kapitalisten ihre Ersparnisse bei Herrn Mirès angelegt hatten und nur fürchten, die Frucht der Arbeit ihres Lebens zu verlieren. Die Opinione nationale nimmt die Mirès'sche Katastrophe zum Ausgangspunkt eines Angriffs gegen die hause finance und greift das Monopol des Kapitals als „feodalité financière“ an. Mirès ist noch immer in schwerer Haft. Seine Familie darf ihn jedoch jeden Tag in Gegenwart von Zeugen sprechen. Auf den Londoner Markt ist die Mirès'sche Angelegenheit nicht ohne Einfluß geblieben.

Von Turin aus wird man nur die römische Frage zur Entscheidung drängen. Mehrere Deputirte wollen bei Gelegenheit der Adressdebatte dieselbe durch Interpellationen anregen; auch wird eine Petition von Viterbo als Handgabe dazu gebraucht werden. Viterbo war bekanntlich von General Goyon als ein Theil des Patrimoniums Petri von französischen Truppen besetzt worden, trotz dieser Garnison fand aber daselbst eine geheime Stimmabgabe statt, deren Resultat nun eine von angeblich tausend Notablen unterfertigte Petition um baldige Vereinigung mit dem Königreiche Italien ist. Die „Ind. belge“ glaubt, daß Turiner Parlament werde den Grafen Goyon auffordern, daß er durch diplomatische Unterhandlungen den Kaiser Napoleon zur Rückverfung der französischen Truppen aus Rom zu bewegen trachte. Ginge Lechterer darauf ein, so würden unmittelbar nach dem Abmarsch der Franzosen die Piemontesen in Rom einrücken.

Der „Deutschen Algem. Atg.“ schreibt man aus Paris: In legitimistischen Kreisen wird folgender Vorfall erzählt, der mit dazu beigetragen haben soll, daß die Schlussfolgerung der Laguerrois'schen Broschüre, in welcher die Abberufung der französischen Truppen von Rom in Aussicht gestellt werden sollte, weggeblieben sei. Graf Chambord hätte nämlich an die bekannte Vendéerin, Frau v. Charette, einen Brief gerichtet, in welchem er erklärt, daß er sich selbst an die Späte französischen Freiwilliger, welche seiner Fahne folgen würden, zu stellen entschlossen sei, um den heiligen Patriarchen zu schützen. Dieses Schreiben soll aufgefunden und dem Kaiser gezeigt worden sein, wodurch sofort das Ende der Broschüre abzuändern befahl.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Kraakau, 28. Februar.
Die bereits erwähnte Ausstellung von Kirchen-Ap-
araten beginnt am 5. März im Batatzenski'schen Hause auf dem Marienkirchplatz Nr. 374, I Stock und bleibt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage zwei Wochen hindurch in den Tagesschlüßen von 10—2 Uhr geöffnet.

* Franjiska B., Schwester des Schusters Michael B. zu Budzanów (Gortzower Kreises) hat am 13. Februar d. J. vier kleine Kinder und drei Mädchen geboren. Diese Kinder sind lebendig zur Welt gekommen, aber in einigen Stunden an Schwäche geforben. Die Mutter befindet sich in normalem Gesundheitszustande.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Die Verhandlungen der Südbahn-Gesellschaft mit der sardinischen Regierung sind zum Abschluß gebracht; für den österreichischen gelegenen Theil der Bahn soll ein Administrationsrat in Turin eingesetzt werden. Die österreichische Regierung ist damit im Prinzip wohl einverstanden, knüpft jedoch an diese Einwilligung Bedingungen, über welche die Verhandlungen noch obschweben.

— Sachsen hat zur Zeit 55 Handelskonflikte im Ausland, davon allein 10 in Nordamerika, 7 in Südamerika, 5 in Afrika, 4 in Frankreich, und, wenn der Posten in Venetia wieder besetzt wird, eben so viel in Österreich.

Paris, Schluf-Course: 3% 68.— 4½% 97.65.— Staatsbahn 486.— Cred. Mob. 660.— Lomb. 476.— Öster. cred. Alt. fehlt. — Consols mit 91½ gemeldet. Haltung träge.

London, Consols (Schluß) 91½.— Wien 15.25.— Lomb. 1½.— Silber —

Wien, 27. Februar. National-Anlehen zu 5% 76.70 Gold 76.80 Waare. — Neues Anlehen 85.— G. 85.50 W. — Galizische Grundstücks-Obligationen zu 5% 62.75 G. 63.50 G. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 737.— G. 738.— W.

— der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. Währ. 1.740 fl. GM. 2155.— W. 2152.— W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 200 fl. GM. m. 140 (70%) Ginz. 165.50 G. 166.— W. — Wechsel auf (3 Monate) Frankfurt a. M. für 10.000 Gulden 124.— W. 124.— G. 124.25 W. — London für 10 Pf. Sterling 145.25 G. 146.25 W. — K. Münzbüfater 6.92 G. 6.93 W. — Kronen 20.10 G. 20.13 W. — Napoleon'sches 11.70 G. 11.72 W. — Russ. 11.72 W. — Imperiale 11.97 G. 11.99 W. — Vereinsthaler 2.18 G. 2.19 W. — Silber 145.— G. 144.50 W.

Kraakau, 26. Febr. Wegen schlechter Wege wird sehr wenig Getreide aus dem Königreich Polen auf die Grenze angefahren. Der Weizen wurde gestern mit 36—37 fl. pol. bezahlt, das Korn 20 fl. 27, Gerste 20—23. Auf dem heutigen Kraaker Markt wurde der Weizen zu fl. 13—13.50; Korn 9.50—10.50, Gerste 7.50—8.50 verkauft.

Kraaker Cours am 27. Februar. Silber-Nobel-Agio fl. pol. 112 verl., fl. pol. 110 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. pol. 322 verlangt, 314 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung 169 verlangt, 68 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 145 verlangt, 144 bezahlt. — Russische Imperials fl. 11.95 verl., 11.75 bezahlt. — Napoleon'sches 11.65 verlangt, 11.45 bezahlt. — Böhmische Holländische Dukaten fl. 6.85 verl., 6.75 bezahlt. — Böhmische österr. Rand-Dukaten fl. 6.95 verl., 6.85 bezahlt. — Poln. Bankbriefe nebst lauf. Gouy fl. v. 99½ verl., 98½ bezahlt. — Galiz. Bankbriefe nebst lauf. Gouy fl. v. 99½ verl., 98½ bezahlt. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Gouy fl. v. 84.25 verl., 83.25 bezahlt. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Goupons in Conv.-Nünz fl. 88.50 verlangt, 87.50 bezahlt. — Grundstücks-Obligationen in österreichischer Währung 65.— verlangt, 64.— bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 77.50 verlangt, 76.— bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Goupons und mit der Einzahlung 70%, fl. österr. Währ. 168 verl., 166 bezahlt.

Kraaker

Amtsblatt.

N. 208. Ankündigung. (2528. 1-3)

Zur Verpachtung des städtischen Schlachthauses in Wieliczka auf die Zeit vom 1. November 1861 bis Ende October 1864 wird die Licitation auf den 26. April 1861 um 9 Uhr Vormittags in der hierortigen Magistrats-Kanzlei ausgeschrieben.

Der Fiscalpreis ist jährlicher 113 fl. 40 kr. ö. W., das Badium 12 fl. ö. W.

Es werden auch schriftliche Offerte angenommen und die Licitations-Bedingnisse können in den gewöhnlichen Amtsständen in der hieramtlichen Kanzlei eingesehen werden.

Magistrat Wieliczka, am 21. Februar 1861.

N. 142. Edict. (2554. 1-3)

Das k. k. Bezirksamt als Gericht Dąbrowa vom 9. Feber 1861 Czarne Landau aus Dąbrowa hat unter dem 25. Jänner 1861 z. 142 gegen Hen. Anton Chmielowski k. k. Bezirksamts-Kanzleien aus Dąbrowa eine Klage auf Zahlung von 66 fl. 60 kr. ö. W. f. N. G. angebracht, worüber eine Tagsatzung auf den 11. April 1861 um 9 Uhr Vormittags angeordnet und zur Vertretung des Geklagten dessen Aufenthaltsort dem Gerichte unbekannt ist, Hen. Vincenz Mikiewicz k. k. Bezirks-Amts-Kanzlist aus Dąbrowa bestellt wurde.

Der Geklagte Hen. Anton Chmielowski wird hiemit erinnert, daß er entweder bei der Tagsatzung welche über die, wider ihn angebrachte Klage angeordnet wurde, selbst oder durch einen von ihm bestellten Machthaber zu erscheinen habe, widrigens die wider ihn eingelegte Verhandlung mit dem auf seine Gefahr und Kosten für ihn bestellten Curator geöffnet und darüber entschieden werden würde.

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht.

Dąbrowa, am 9. Feber 1861.

N. 207. Kundmachung. (2527. 2-3)

Von Seiten des Magistrats Wieliczka wird bekannt gemacht, daß zur Verpachtung der hierstädtischen Meth-propination für die Zeit vom 1. November 1861 bis Ende October 1864 eine Licitation am 19. April 1861 um 9 Uhr Vormittags in der hiesigen Magistratskanzlei wird abgehalten werden.

Der Fiscalpreis beträgt jährlich 486 fl. 78 kr. und das Badium 50 fl. ö. W.

Es werden auch schriftliche Offerte angenommen.

Magistrat Wieliczka, am 21. Februar 1861.

N. 1504. Edikt konkursowy. (2552. 2-3)

C. k. Sąd powiatowy Skawinski czyni wiadomo, że do wszystkiego majątku ruchomego we wszystkich krajach koronnych Państwa austriackiego i do wszystkiego nieruchomości majątku znajdującego się w krajach koronnych, w których przepisy jurysdykcji cywilnej z dnia 20. Listopada 1852 Nr. 251 (dziennik praw pań) obowiązują, po Walentym Szpadrowskim kancelisicie magistratu Skawinskigo na dniu 18. Marca 1859 bez ostatni woli rozporządzenia zmarłym, w skutek przewyższenia stanu biernego nad stan czynny majątku, na mocy żądania Antoniego Szpadrowskiego opiekuna i kuratora majątkowego małoletniego sukcesora Karola Walentego dwojga imion Szpadrowskiego, ogłasza się konkurs wierzycieli.

Wzywa się przeto niniejszym wszystkie osoby, które z jakiegokolwiek tytułu prawnego do zmarłego Walentego Szpadrowskiego pretensye mają, aby skargi sądowe naprzeciw leżącej masie zmarłego w zastępstwie kuratora Antoniego Szpadrowskiego mieszczańca w Skawinie zamieszkałego najdalej do dnia 5. Czerwca 1861 do tutejszego sądu podali i prawo umieszczenia pretensi swoich w tej lub onej klasie konkursowej udowodnili, inaczej bowiem, nawet gdyby na pretensi swoje doręczne prawo fantowe mieli lub prawo kompensacyjne posiadały, ze żdaniami swoimi oddalen będą, a nawet doręczne rzeczy fantowe zwrocić będą muścieli, i na kompensacyjną wzgłąd mianym nie będą.

Skawina, dnia 23. Grudnia 1860.

N. 406. Edikt. (2549. 2-3)

Przez c. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Nowym Targu czyni się wiadomo iż w dniu 25. Majja 1866 zmarł Jan Tokarz w Zubsuheim.

Sąd niewiedząc miejsca pobytu Jakuba Tokarza wzywa go, aby w przeciągu roku jednego od dnia dzisiejszego rachując tu w Sądzie się zgłosił i oświadczenie do dziedzictwa wniosł, bowiem w razie przeciwnym spadek byłby pertraktowany z temi, którzy się zgłosili i z kuratorem Janem Naglakiem dla niego ustanowionym.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.

Nowy Targ, dnia 15. Lutego 1861.

N. 2315. Obwieszczenie. (2548. 2-3)

C. k. Urząd powiatowy w Liszkach jak Sąd podaje do wiadomości, iż w dniach 21. Marca, 25. Kwietnia i 27. Maja 1861 zawsze o godzinie 10-tej zrana w jego biorze odbywać się będzie przymusowa publiczna sprzedaż realności włożo-

sciąńskiej Franciszka Sroki własnej w Kępie aty- nencyi wsi Kłokoczyn położonej j. t. domu pod L. 1 z zabudowaniami i gruntem morgów 10 sag. kw. 1593 na zaspokojenie Janowi Orlikowi dłużnej kwoty 126 złr. w. a. Cena wywołania wynosi wartość szacunkowa 1160 złr. w. a. niżej której realność dopiero na trzecim terminie kupiona być może. Akt szacunkowy i warunki licytacyjne mogą podczas godzin urzędowych w c. k. Urzędu powiatowym w Liszkach być przejrzane, lub w odpisie wyjęte.

Liszki, dnia 14. Lutego 1861.

N. 2635. E dy k t. (2551. 2-3)

Przez c. k. Sąd powiatowy Ropczycki, podaje się do wiadomości, iż przed 18 laty zmarł we wsi Kozodrzy Franciszek Kłoczek, posiadacz grunty, niezostawiwszy ostatniej woli rozporządzenia. Sąd nieznając miejsca pobytu córki zmarłego Reginy Kłoczek, wzywa takową, aby w przeciągu jednego roku od dnia dzisiejszego, do tutejszego Sądu, celem zdania deklaracji przyjęcia spadku, zgłosiła się, w przeciwnym bowiem razie majątek z sukcesorami zgłaszającymi się i z kuratorem w osobie Stanisława Klocka dla nieobecnej ustanowionym pertraktowany będzie.

C. k. Sąd powiatowy.

Ropczyce, dnia 10. Stycznia 1861.

N. 645. E dy k t. (2550. 2-3)

Przez c. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Nowym Targu, czyni się wiadomo, iż w roku 1847 zmarł Jakób Styrczula w Dzianiszku bez pozostawienia rozporządzenia ostatniej woli. Sąd niewiedząc miejsca pobytu Rozalii ze Stryczulów Chrobakowej, wzywa tę, aby w przeciągu roku jednego, od dnia dzisiejszego rachując tu w Sądzie się zgłosiła i oświadczenie do dziedzictwa wniosła, bowiem w razie przeciwnym spadek byłby pertraktowany z temi, którzy się zgłosili i z kuratorem Wojciechem Styrczulą dla niej ustanowionym. Nowy Targ, dnia 15. Lutego 1860.

N. 4. Obwieszczenie. (2532. 2-3)

C. k. Notaryusz w Bochni wiadomo czyni, iż w moc nakazu c. k. Sądu obwodowego w Tarnowie z dnia 22. Stycznia 1860 do L. 470 towarzyszy i inne ruchomosci upadłego handlu Konstantego Solika od dnia 6. Marca 1861 poczawasy w dniach następnych aż do zupełnej wysprzedaży w drodze egzekucji nad wartość szacunkową, w domu pod Nr. 16 w Bochni sprzedane będą.

Bochnia, dnia 11. Lutego 1861.

Leonard Serafinski,
Notaryusz publiczny.

N. 472. Kundmachung. (2544. 2-3)

Am 29. Juli 1861 und den darauf folgenden Tagen, werden in der hiesigen Magistrats-Kanzlei stets um 9 Uhr Vormittags nachstehende der Stadt Rzeszów gehörigen Realitäten und Gefälle mittels öffentlicher Versteigerung an Meistbietende verpachtet werden, u. z.:
a) der städtische Exreformaten-Garten auf die Dauer von 3 Jahren das ist vom 1. November 1861 bis dahin 1864 mit dem Fiscalpreise von 63 fl. ö. Währ.
b) zwei städtische Ziegeleien auf die Dauer von drei Jahren das ist vom 1. November 1861 bis dahin 1864 mit dem Fiscalpreise von 436 fl. 80 kr. ö. Währ.
c) das städtische Maaf- und Waggefäß auf die Dauer von 3 Jahren, das ist vom 1. November 1861 bis dahin 1864 mit dem Fiscalpreise von 317 fl. 36½ kr. ö. Währ.

Pachtlustige haben sich mit dem 10% Badium zu versehen und können die Licitationsbedingnisse auch vor dem Termine beim hiesigen Magistrat einsehen.

Vom Magistrat der k. Kreisstadt.

Rzeszów, am 15. Februar 1861.

N. 3022. Edict. (2547. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte in Wieliczka wird hiemit bekannt gemacht, daß über Ansuchen des Lds Löbl Herschthal zur Befriedigung der Restforderung pr. 900 fl. EM. sammt 4% vom 3. Juli 1845 zu berechnenden Verzugszinsen und der Gerichtskosten pr. 134 fl. ö. W. zur executive hiergerichts vorzunehmenden Fällsetzung der in Klasno Wielicka er k. k. Bezirksamtes sub NC. 6 liegenden lib. dom. th. V. pag. 6 auf den Namen des Michael Lehrfreund eingetragen, auf 6634 fl. EM. oder 6965 fl. ö. W. abgeschätzten Realität der 4. Licitationstermin auf den 21. März 1861 um 10 Uhr Vormittags festgesetzt wird, bei welcher die in die Execution gelangenen Realität auch unter dem Schätzungsvertheil geboten werden wird, zu welcher Licitation sämtliche Kauflustige mit dem Badium pr. 663 fl. 40 kr. EM. mit dem Beifügen zu erscheinen vorgeladen werden, daß für diejenigen Gläubiger,

denen aus welch immer einem Anstande diese Geibietungsausschreibung vor dem Termine nicht zugestellt werden könnte, oder welche erst nach der Hand an das Grundbuch gelangen sollten, Hr. Wolf Matzner zum Curator bestellt worden ist.

K. k. Bezirksamt als Gericht.

Wieliczka, am 16. Jänner 1861.

benen aus welch immer einem Anstande diese Geibietungsausschreibung vor dem Termine nicht zugestellt werden könnte, oder welche erst nach der Hand an das Grundbuch gelangen sollten, Hr. Wolf Matzner zum Curator bestellt worden ist.

K. k. Bezirksamt als Gericht.

Wieliczka, am 16. Jänner 1861.

3. 4524. Kundmachung. (2542. 3)

Vom Verkaufe eines städtischen Grundstücks erliegt im Stadtkauf-Deposite ein Capital von 1092 fl. 76½ kr. österr. Währ.

Dieses Capital wird in Folge h. k. k. Statthaltereigenehmigungs-Erlaß vom 1860, 3. 49691 an einer schuldenfreien Hypothek in Rzeszów gegen 5% Verzinsung angelegt werden.

Diesen Realitäten-Besitzer, welche dieses Capital zu leihen wünschen, haben ihre mit dem Tabular-Extracte und dem in gerichtlichen Wege erhobenen Nachweise des Schätzungsvertheiles, belegten Gesuche, längstens bis Ende März 1861 anher unmittelbar vorzulegen; die näheren Bedingungen betreffend dieses Darlehens können im Hause eingesehen werden.

Vom Magistrate der k. Kreisstadt.

Rzeszów, am 18. Februar 1861.

N. 317. Concurs. (2537. 3)

Im Grunde Erlaß des h. k. k. Finanzministeriums vom 2. Jänner 1861 z. 67417 wird auf der Route Przemysl und Dukla und zwar zwischen Przemysl und Dubiecko ein Postamt mit Station in dem Marktstrecken Krzywca errichtet, und es wird somit zur Beauftragung des Postmeisters daselbst hiemit der Concurs ausgeschrieben.

Die Bezüge bestehen in einer Jahresbestallung von 200 fl. ö. W. einem Amtspauschale von 20 fl. ö. W. und dem Bezug der jeweiligen Mittelgelder, wogegen eine Caution im Bestallungsbetrage zu leisten, und der gegen Dienstvertrag zu ernennende Postmeister verpflichtet ist im Post-Halle 8 taugliche Pferde und die nötigen Stallrequisiten, dann eine gedekte und eine offene Kalesche, ferner zwei Briefpostwagen und zwei Esattentaschen stets im brauchbaren Zustande, und die erforderliche Anzahl von Postillon zu halten.

Bewerber um diese Stelle, haben ihre Gesuche unter Nachweisung der vorgeschriebenen Erfordernisse und ihrer Vermögens Verhältnisse binnen vier Wochen bei der k. k. galizischen Post-Direction einzubringen, wobei bemerklich wird, daß falls der zu ernennende Bewerber für den Postdienst noch nicht befähigt sein sollte, derselbe vor dem Dienstesantritte, sich einer Prüfung aus der Postmanipulation zu unterziehen haben wird.

Vom der k. k. galiz. Post-Direction.

Lemberg, am 18. Februar 1861.

Getreide-Preise
auf dem letzten öffentlichen Wochennmarkt in Krakau, in drei Gattungen klassiert.
(Berechnet in österreichischer Währung.)

Aufführung der Producete	Gattung I.		Gattung II.		Gattung III.	
	von fl.	bis fr.	von fl.	bis fr.	von fl.	bis fr.
Der Mez. Wint. Weiz.	635	650	6	—	625	—
" Saat-Weiz.	—	—	—	—	—	—
" Roggen	—	—	475	—	462	—
Gerste	385	4	—	—	375	—
Hafser	190	2	—	—	185	—
Ersen	650	665	6	—	625	—
Hirschgrieze	770	820	720	—	750	—
Fajol	540	555	515	525	—	—
Wies. Buchweizen	—	—	—	—	—	—
" Hirse	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	270	275	240	250	—	—
Cent. Heu (Wien. G.)	120	130	—	—	—	—
Stroh	—	85	—	80	—	—
1 Pd. fettes Hindfleisch	—	17	—	—	—	—
mag.	—	14	—	—	—	—
Rind-Lungenf.	—	19	—	—	—	—
Spiritus Garnier mit Bezahlung	—	3	—	—	—	—
do. abgezog. Brantw.	—	225	—	—	—	—
Garnier Butter (reine)	370	4	—	350	—	—
Hefen aus Märzbiere	—	—	—</			